

Nebrauer Anzeiger

№ 123

Donnerstag, den 15. Oktober 1931.

44. Jahrgang

Der ausgeschiedene Finanzminister.

Zum Rücktritt Höpfer-Mitglied.

Berlin, 14. Oktober.

In politischen Kreisen hat der mögliche Rücktritt des preussischen Finanzministers Dr. Höpfer-Mitglied beträchtliches Aufsehen erregt. Es sind die verschiedensten Kombinationen über die Ursachen dieses Rücktritts aufgestellt worden. Von dem bisherigen Finanzminister Höpfer-Mitglied nahestehernde Seite wird die Version demütiert, als Höpfer-Mitglied freiere Hand für die Bildung einer großen bürgerlichen Mittelpartei gewinnen wollte.

Der eigentliche Grund für den möglichen Rücktritt habe die Tatsache gebildet, daß das preussische Kabinet ohnehin weiteres mit allen Ministerkabinetten gegen die des Finanzministers Höpfer-Mitglied die Wiederaufhebung der in der Sparverordnung vom 12. September verfügten Aufzählungs- und Beförderungssperre beschließen habe.

Nach in der entscheidenden Kabinettsitzung am Montag habe Minister Höpfer-Mitglied erklärt, die endgültige Beschlußfassung zu verlagen, weil er mit dem Reich nodmal Verhandlungen führen wollte über eine Verständigungsmöglichkeit. Die Weisheit der Minister habe das abgelehnt. Hinzukomme, daß trotz der schweren Finanzlage im Zusammenhang mit der Aufhebung der Aufzählungs- und Beförderungssperre noch eine Anzahl anderer B. amtenmündliche vorgebracht habe, die nach Ansicht Höpfer-Mitglied im Augenblick unerfüllbar gewesen seien.

Amlich ist mitgeteilt worden, daß Ministerpräsident Dr. Braun dem ausgeschiedenen Finanzminister Höpfer-Mitglied seinen Dank ausgesprochen und mit der vorläufigen Wagnahme der Amtsgehälter des Finanzministers den ebenfalls der Staatspartei angehörenden Handelsminister Dr. Schreiber betraut habe.

Diesem übergab Minister Dr. Höpfer-Mitglied am Dienstagmittag 1 Uhr die Amtsgehälter. In parlamentarischen Kreisen wird gesagt, daß der gegenwärtige Präsident der Preussische Kleriker Kandidat einer starken Regierungspartei für den Finanzministerposten sei. Minister Dr. Höpfer-Mitglied war seit dem 18. Februar 1928 Chef im preussischen Finanzministerium; er kann also auf eine 6½-jährige Tätigkeit als Finanzminister zurückblicken. Dem Preussischen Landtag gehört er bereits erheblich länger als Mitglied der Staatspartei an. Er war vorher Oberlandesgerichtsrat in Hamm.

Aufzählungssperre wieder aufgehoben.

Durch Beschluß des preussischen Staatsministeriums.

Berlin, 13. Oktober.

In Erwartung eines gleichen Vorgehens der Reichsregierung hat die preussische Staatsregierung am 12. September im Wege der Notverordnung das Aufheben der Beschränkung in höhere Gehaltsgruppen für zwei Jahre gesperrt. Da die inzwischen erlassene Verordnung des Reichspräsidenten bei den Reichsbeamten die Aufzählungsbestimmungen unverändert gelassen hat, hat nunmehr auch die preussische Regierung die Wiederaufhebung der Beförderungssperre beschloffen.

Preussischer Landtag.

Die Mißtrauensanträge gegen das Staatsministerium.

Berlin, 14. Oktober.

Der Preussische Landtag trat zu seinem ersten Sitzungsbischnitt nach der Sommerpause zusammen.

Das Haus beginnt die gemeinsame Beratung der Mißtrauensanträge gegen das Staatsministerium sowie gegen den Innenminister und Kultusminister und der übrigen Anträge zur Politik der preussischen Staatsregierung.

Als dieser Punkt der Tagesordnung aufgerufen wird, ruft Abg. Kasper (Komm.): „Nieder mit der preussischen Hungerregierung!“ Die Kommunisten erheben sich und stimmen dreimal in den Ruf „Nieder!“ ein.

Auf der Regierungsbank hat Innenminister Seevering Platz genommen.

Abg. Steinhoff (Dnat.) verliest folgende Erklärung: „In Übereinstimmung mit dem Parteiprogramm der preussischen Fraktion der nationalen Opposition fordern die deutsch-nationalen Fraktionen des Preussischen Landtages die sofortige Auflösung dieses Landtages, dessen Zusammenkunft, wie nicht nur die Zahlen der Wahl vom 14. September 1930, sondern auch die Zahlen des unter einem ungeheuerlichen Beeinflussungsster gestellten Stimmzettelverzeichnisses bewiesen haben, seit langem nicht mehr der politischen Einstellung der preussischen Wähler entspricht. Weltweitig fordern wir den sofortigen Rücktritt des gegenwärtigen Staatsministeriums auf Grund des allgemeinen tiefen Mißtrauens, das ihm aus allen Teilen Preußens von einer überwältigenden Mehrheit — auch aus Wählerkreisen, die einst hinter den sogenannten Regierungsparteien standen — in steigendem Maße entgegengebracht wird.“

Abg. Kasper (Komm.)

nenn in Begründung des kommunalistischen Mißtrauensantrages die Regierung Braun die maßvollste Hilfe der bantrotten Reichsregierung, ein System, das das letzte kapitalistische, bei Überlebens- und Lebens- und Bekämpfungsmitteln in den Speichern Millionen Menschen hungern und frieren läßt, müsse himmelsgeflucht werden. Von den 17 kommunistischen Zeitungen Preußens lie gegenmüßig nur eine einzige nicht verboten (Sjöt, hört! bei den Komm.)

Abg. Winger (Soz.) begründet die Große Anfrage seiner Partei über pflichtwidriges Verhalten von Polizeibehörden im Regierungsbezirk Breslau damit, daß vielfach nicht unbedeutend genug gegen Schwärzen durch Nationalsozialisten und Stahlhelm vorgegangen werde.

Abg. Dr. Boelch (Dop.) führt zur Begründung der Anfrage seiner Fraktion aus, daß beim Stahlhelm-Vollentscheid auf Landtagsauflösung Eingriffe in die Meinungsfreiheit der Beamten werden würden, obwohl Minister Seevering im Landtag ausdrücklich erklärt habe, die Beamten hätten keine Nachteile zu erwarten.

Regierungsvertreter beantworteten dann die Interpellationen der Fraktionen.

Abg. Dr. Bohner (Staatspartei) begründet hierauf den Antrag seiner Fraktion auf Herabsetzung der Altersgrenze der Beamten und Lehrer mit der zunehmenden Arbeitslosigkeit und dem Wunsch, die Jugend in den Arbeitsprozeß einzuführen.

Um 16½ Uhr verläßt sich das Haus auf Mittwoch 12 Uhr: Wahl des dritten Vizepräsidenten und politische Aussprache.

Bestellung von Wirtschaftsprüfern.

Berlin, 13. Oktober.

Der preussische Handelsminister hat die ersten Wirtschaftsprüfer bestellt. Es sind dies für die Prüfungsteile Berlin Dr. Adler, Staatssekretär a. D. Bergmann, Dr. Froberg, Reichsminister a. D. Dernburg, Dr. Gerstner, H. Janßen, Dr. Kienle, Kommerzienrat Manasse, Dr. Dreier, Dr. Vos. Die Ernennungen für die Prüfungsteile

Der kleine Rabenhäner trat näher, auf seiner weißen Stirn gezeichnete sich eine feine blaue Ader auf, die hinter der Gebirgs dabei gekommen, daß Sie das Gehörtrüben brachen, dem Offizierskorps, dem Sie angehörien die Ehre hatten, einen schimpflichen Mafel anheften?“

Der Leutnant von Raugaard antwortete nicht, sah schon zu Boden.

„Es ist gut, davon wird an anderer Stelle zu reden sein. Ich werde Ihnen jetzt unfern gegenwärtigen Anwesen schicken, den Herrn Oberleutnant von Rabenhäner, Bepfropfen Sie sich mit ihm! Und ich glaube, der Herr Oberleutnant wird sich mit mir der Ansicht sein, daß hier einer dieser Fälle vorliegt, in denen ein Offizier auch ohne vorherige Befragung des Ehrentates eine Forderung ergeben lassen darf.“

Der Kommandeur machte nur eine zustimmende Handbewegung, der Leutnant von Raugaard schaute auf, stieß tiefer schwer gegen die Tischplatte.

„Ich glaube, das wird ... nulos sein, Herr Hauptmann. Als der Herr Forstmeister ging, sagte er, ich sollte mir meine Mühe geben. Einem ... also einem ehrlosen Hundeschläger gäbe er keine Genugthuung!“

Danach entstand in dem Zimmer eine lange Pause des Schweigens, man hörte das Flügeln, die mit einem leisen Summen gegen die Fensterscheiben stießen. Endlich hob der Hauptmann Rabenhäner den Kopf, sagte halblaut: „Wenn der Herr Oberleutnant keine Befehle mehr haben sollten? ... Ich glaube, für den Augenblick ist hier nichts mehr zu tun.“

Der Oberleutnant Brinkmann machte eine unsichere Bewegung nach dem jungen Offizier, der mit niedergebuckten Augen neben dem Tische stand. In seinem ältlichen Gesicht arbeitete es. Dann aber neigte er den Kopf, schritt schweigend zu der Tür hinaus, die der Hauptmann ihm geöffnet hatte. „Adieu, Raugaard,“ sagte der kleine Rabenhäner leise, folgte dem Kommandeur. Als er die Tür hinter sich schloß, glaubte er einen unterdrückten Schrei zu vernehmen, aber er foherte nicht an.

Es gingen in das leere Besesszimmer des Kofinos hinüber. Der Hauptmann Rabenhäner schickte eine Ordromanz an den Herrn Oberleutnant von Rabenhäner im Ratsteller, er möchte sich in einer äußerst dringlichen Angelegenheit sofort zu dem Herrn Leutnant von Raugaard begeben. Danach standen sie

Königsberg, Breslau, Münster und Frankfurt a. M. gegen Zur Ausfertigung wurde eine Beratungsstelle ein-gerichtet.

Englischer Wahlkampf verschärft.

Lloyd George greift ein.

London, 14. Oktober.

Die Neigung, den englischen Wahlkampf durch gewisse bürgerliche Vereinbarungen in einzelnen Bezirken zu entpönnen, was gewiß bei allen Parteien vorhanden. Die Konventionen wollen offenbar in diesem Wahlkampf ihre Aufzählung in Fragen des Schutzolls durchdrücken, und so drohen die Liberale unter Führung Samuels an, daß sie sich doch genötigt sehen dürften, Gegenkandidaten aufzstellen.

Gleichzeitig wird die liberale Front dadurch erneut unter Druck gesetzt, daß Lloyd George mit großer Aktivität in den Wahlkampf eingreift und alle Künfte seiner Taktik spielen läßt. Er wußt die Tatsache aus, daß die abgekehrte Gruppe seinen eigenen Wahlfonds besitzt, während er selbst als Parteiführer die Verfügung über sehr erhebliche Mittel hat. Aus diesen Mitteln erklärt er sich bereit, Kandidaturen zu unterstützen, die das Programm des Handelsabundung zu dem eigenen machen, und so stehen in der Zollfrage die Samuel-Liberale zwischen zwei Feuern.

Auf der anderen Seite hat Lloyd George Vereinbarungen mit der Arbeiterpartei angebahnt, die zu dem Ergebnis zu führen scheinen, daß hier wenigstens in einzelnen Wahlkreisen, so vor allem in dem Lloyd Georges selbst Burglieben gehalten wird.

Der fernöstliche Konflikt.

Mandschurei, Amerika und Vösterbund.

In Genf begrüßt man die mittlerweile erfolgte Kundgebung des amerikanischen Staatsdepartements zu dem chineisch-japanischen Konflikt als eine wertvolle Aktion. Das ist für zweifellos, und die unterzeichnete sich von dem gewöhnlichen amerikanischen Behauptungen des Vösterbundesrates durch etwas sehr wesentlicher, nämlich dadurch, daß hinter ihr nicht nur der Wille sondern auch die Möglichkeit eines tätigen Eingreifens in den fernöstlichen Konflikt steht. Es ist deshalb verständlich, daß man in Genf befreit ist, eine enge Zusammenarbeit mit der amerikanischen Regierung überzuzahlen.

Auch in Genf wird übrigens immer eindringlicher zum Ausdruck gebracht, daß das Vorgehen Japans nicht zu recht fertigen und der Versuch ist, die Welt vor vollendete Tatsachen zu stellen, wie es die Japaner bei ihrer Politik China gegenüber schon öfter getan haben.

Man droht den Japanern einen energischen Ton in den Beratungen der außerordentlichen Ratstagung an, aber die japanischen Generale in der Mandschurei haben bisher die Klänge aus Genf ebenso wie die Mahnungen ihrer Regierung zum einen Ohr hinein- und zum anderen herausgehen lassen.

Japans Erklärung in Genf.

Räumung der Mandschurei erfolgt, sobald die Sicherheit der japanischen Bevölkerung ist erlaubt.

Genf, 14. Oktober.

Der Vösterbundsrat hat gestern nachmittag unter dem Vorsitz Brindis die Verhandlungen über den chineisch-japanischen Konflikt begonnen.

„Herr Oberleutnant! Ich sehe an der Wand Ihren Degen hängen. Ich wundere mich, daß er noch so blank dahäut!“

Der Leutnant von Raugaard ließ die Hände sinken, sah seinen Kompaniechef aus den verquollenen Augen an.

„Wie sollte ich wohl, Herr Hauptmann?“

„Ich hatte mir schon seit dem Abend in Rabenhäner ... ja, da hatte ich mir vorgenommen, ehrliche Absichten zu leisten ... vielleicht, daß man mir verzeihen hätte. Und es war ja wohl ein bißchen verrückt, aber ich bildete mir ein, ich würde ... also ich könnte vielleicht an Frau Ulm Etschel Mitglied eine Fürsprecherin bei ihrem Herrn Vater gewinnen ...“

Der Hauptmann Rabenhäner sah die Zähne aufeinander, und er mußte sich räupern, ehe er wieder mit klarer Stimme sprechen konnte.

„Weshalb haben Sie mich da belogen, Herr von Raugaard, als ich Sie neulich nach der Feldblindenübung auf Herz und Nieren fragte?“

„Ich hätte, mir die Antwort zu ersparen, Herr Hauptmann.“

„Schnell Aber jetzt geht es mir, Sie haben in dem Renier des Herrn Forstmeisters sich anderhalb Jahren gewidmet?“

„Sehr wohl, Herr Hauptmann!“

„Sehr wohl, Herr Hauptmann!“



Mebraer Anzeiger

№ 123

Donnerstag, den 15. Oktober 1931.

44. Jahrgang

Der ausgeschiedene Finanzminister.

Zum Rücktritt Höpfer-Wilshoff.

Berlin, 14. Oktober.

In politischen Kreisen hat der plötzliche Rücktritt des preussischen Finanzministers Dr. Höpfer-Wilshoff betrübliches Aufsehen erregt. Es sind die verschiedensten Kombinationen über die Ursachen dieses Rücktritts aufgestellt worden. Von dem bisherigen Finanzminister Höpfer-Wilshoff nachgehender Seite wird die Version demontiert, als Höpfer-Wilshoff freiere Hand für die Bildung einer großen bürgerlichen Mittelpartei gewinnen wollte.

Der eigentliche Grund für den plötzlichen Rücktritt habe die Tatsache gebildet, daß das preussische Kabinett ohne weiteres mit allen Ministerkabinetten gegen die des Finanzministers Höpfer-Wilshoff die Wiederanhebung der in der Sparverordnung vom 12. September verfügten Aufzinsungs- und Beförderungssperre beschließen sollte.

Nach in der entscheidenden Kabinettsitzung am Montag habe Minister Höpfer-Wilshoff erklärt, die endgültige Entscheidung über diese Vorfrage zu vertragen, weil er mit dem Reich nachmaligen Verhandlungen führen wollte über eine Verständigungsmöglichkeit. Die Mehrheit der Minister habe das abgelehnt. Hingegen kam, daß trotz der schweren Finanzlage im Zusammenhang mit der Aufhebung der Aufzinsungsperre hervorragende Parlamentarier noch eine Anzahl anderer. Amtentüchtliche vorgebracht habe, die nach Ansicht Höpfer-Wilshoffs im Augenblick unerfüllbar erschienen seien.

Amlich ist mitgeteilt worden, daß Ministerpräsident Dr. Braun dem ausgeschiedenen Finanzminister Höpfer-Wilshoff seinen Dank ausgesprochen und mit der würdevollen Wertschätzung der Amtsgeschäfte des Finanzministers den ebenfalls der Staatspartei angehörenden Handelsminister Dr. Schreiber betraut habe.

Demselben übergab Minister Dr. Höpfer-Wilshoff am Dienstagmittag 1 Uhr die Amtsgeschäfte. In parlamentarischen Kreisen wird gesagt, daß der gegenwärtige Präsident der Preussischen Krieger Kandidat einer starken Regierungspartei für den Finanzministerposten sei. Minister Dr. Höpfer-Wilshoff war seit dem 18. Februar 1925 Chef im preussischen Finanzministerium, er kann also auf eine 6 1/2-jährige Tätigkeit als Finanzminister zurückzuführen. Dem Preussischen Landtag gehört er bereits erheblich länger als Mitglied der Staatspartei an. Er war vorher Oberlandesgerichtspräsident in Hamm.

Aufrufungsperre wieder aufgehoben.

Durch Beschluß des preussischen Staatsministeriums.

Berlin, 13. Oktober.

In Erwartung eines gleichen Vorgehens der Reichsregierung hat die preussische Staatsregierung am 12. September im Wege der Notverordnung das Aufheben der Beamten in höhere Gehaltsgruppen für zwei Jahre gesperrt. Da die inzwischen erfolgte Verordnung des Reichspräsidenten bei den Reichsbeamten die Aufzinsungsbestimmungen unverändert gelassen hat, hat nunmehr auch die preussische Regierung die Wiederanhebung der Beförderungssperre beschloffen.

Preussischer Landtag.

Die Mißtrauensanträge gegen das Staatsministerium.

Berlin, 14. Oktober.

Der Preussische Landtag trat zu seinem ersten Sitzungsbischnitt nach der Sommerpause zusammen.

Das Haus beginnt die gemeinsame Beratung der Mißtrauensanträge gegen das Staatsministerium sowie gegen den Innenminister und Kultusminister und der übrigen Anträge zur Politik der preussischen Staatsregierung.

Als dieser Punkt der Tagesordnung aufgerufen wird, ruft Abg. Kaiser (Komm.): „Nieder mit der preussischen Hungerregierung!“. Die Kommunisten erheben sich und stimmen dreimal in den Ruf „Nieder!“ ein.

Auf der Regierungsbank hat Innenminister Seevering Platz genommen.

Abg. Steinhoff (Dnat.) verliest folgende Erklärung: „In Uebereinstimmung mit dem von den Reichsbürgern Willenserkärfungen der nationalen Opposition fordert die deutsch-nationale Fraktion des Preussischen Landtags die sofortige Auflösung dieses Landtags, dessen Zusammenkunft, wie nicht nur die Zahlen der Wahl vom 14. September 1930, sondern auch die Zahlen des unter einem ungeheuerlichen Beweinsflußunterstützten Stahlhelmvolksentscheides bewiesen haben, seit langem nicht mehr der politischen Einstellung der preussischen Wähler entspricht. Gleichzeitig fordern wir den sofortigen Rücktritt des gegenwärtigen Staatsministeriums auf Grund des allgemeinen tiefen Mißtrauens, das ihm aus allen Teilen Preußens von einer überwältigenden Mehrheit — auch aus Wählerkreisen, die einst hinter den sogenannten Regierungsparteien standen — in steigendem Maße entgegengebracht wird.“

Abg. Kaiser (Komm.)

nimmt in Begründung des kommunistischen Mißtrauensantrages die Regierung Verantw. die maßlose Erhöhung der beantragten Reichsregierung. Ein System, das wir das letzte kapitalistische, bei Ueberflutung an Lebens- und Bedarfsmitteln in den Speichern Millionen Menschen hungern und frieren läßt, müsse hinweggefegt werden. Von den 17 kommunistischen Zeitungen Preußens ist gegenwärtig nur eine einzige nicht verboten (Hört, hört! bei den Komm.).

Abg. Winger (Soz.) begründet die Große Anfrage seiner Partei über pflichtwidriges Verhalten von Polizeibehörden im Reichsbereich Breslau damit, daß vielfach nicht unmaßstäblich genug gegen Störungen durch Nationalsozialisten und Stahlhelm vorgegangen werde.

Abg. Dr. Boeltz (Ddp.) führt zur Begründung der Anfrage seiner Fraktion aus, daß beim Stahlhelmvolksentscheid auf Bundtagsauflösung Eingriffe in die Meinungsfreiheit der Beamten vor sich worden seien, obwohl Minister Seevering im Landtag ausdrücklich erklärt habe, die Beamten hätten keine Nachteile zu erwarten.

Regierungsvertreter beantworteten die Interpellationen der Fraktionen.

Abg. Dr. Bohner (Soz.) begründet hierauf den Antrag seiner Fraktion auf Herauslösung der Arbeitsgrenze der Beamten und Bekehrer mit der zunehmenden Arbeitslosigkeit und dem Wunsch, die Jugend in den Arbeitsproben einzufügen.

Um 16 1/2 Uhr vertagt sich das Haus auf Mittwoch 12 Uhr: Wahl des dritten Vizepräsidenten und politische Aussprache.

Bestellung von Wirtschaftsprüfern.

Berlin, 13. Oktober.

Der preussische Handelsminister hat die ersten Wirtschaftsprüfer bestellt. Es sind dies für die Prüfungssitze Berlin Dr. Adler, Staatssekretär a. D. Bergmann, Dr. Fröbke, Reichsminister a. D. Dernburg, Dr. Gertner, H. Janßen, Dr. Kienle, Kommerzienrat Wulfsberg, Dr. Drehten, Dr. Wolf, die Ernennungen für die Provinzialstellen

Der keine Rabenhäner trat näher, er seilte weißen Stoff gezeichnete sich eine feine blaue Ader ab. „Und, herr nicht einmal fünf Jahren der Gedanke dabei bekommen, daß Sie das Gellrecht brauchen, dem Offizierskorps, dem Sie angehören die Ehre hatten, einen schimpflichen Mafel anhefteten?“

Der Leutnant von Naugaard antwortete nicht, sah scharf zu Boden.

„Es ist gut, dann wird an anderer Stelle zu reden sein. Ich werde Ihnen jetzt unsern gegenwärtigen Woffen schiden, den Herr Oberleutnant von Rabenhäner, Bepfunden Sie sich untnant werden mit

alle vorliegt, in der gegung des Ehren-

stimmende Hand- sönigte auf, stützte

Herr Hauptmann, ich sollte mir keine oßen Hundschläger

lange Kaufe des mit einem leisen En, Endlich hob der halbtaur: „Wenn haben sollten?“

s mehr zu tun.“

eine unsichere Be- riedergerathenem m gültigen Gesicht schritt schweigend

hm geöffnet hatte. Rabenhäner leise, hinter sich schloß, ernehmen, aber er

Kasinos hinüber. Ordnungszug an den atsteller, er möchte heit sofort zu dem danach standen sie

Königsberg, Breslau, Münster und Frankfurt a. M. folgen. Zur Auskunftsverteilung wurde eine Beratungsstelle eingerichtet.

Englischer Wahlkampf verschärft.

Lloyd George greift ein.

London, 14. Oktober

Die Neigung, den englischen Wahlkampf durch gewisse bürgerliche Vereinbarungen in einzelnen Bezirken zu entpannen, war gewiß bei allen Parteien vorhanden. Die Konventionen wollen offenbar in diesem Wahlkampf ihre Aufstellung in Fragen des Schutzpolits durchdrücken, und so drohen sie den Überaltern unter Führung Samuels an, daß sie sich doch genötigt sehen dürften, Gegenkandidaten aufzustellen.

Gleichzeitig wird diese liberale Gruppe dadurch erneut rafter Druck gesetzt, daß Lloyd George mit großer Aktivität in den Wahlkampf eingreift und alle Kräfte seiner Taktik spielen läßt. Er muß die Tatsache aus, daß die abgeworfene Gruppe seinen eigenen Wahlfonds besitzt, während er selbst als Parteiüberführer die Verfügung über sehr erhebliche Mittel hat. Aus diesen Mitteln erklärt er sich bereit, Kandidaturen zu unterstützen, die das Programm des Freibandes umbe- dingt zu dem Ibrigen machen, und so stehen in der Zollfrage die Samuel-Überalter zwischen zwei Feuern.

Auf der anderen Seite hat Lloyd George Vereinbarungen mit der Arbeiterpartei angebahnt, die zu dem Ergebnis zu führen scheinen, daß hier weitestgehend in einzelnen Wahl- freisen, so vor allem in dem Lloyd Georges selbst Bürger- freiden gehalten wird.

Der fernöstliche Konflikt.

Manchūri, Amerika und Völkerverbund.

Im Genf begrüßt man die mittlerweile erfolgte Kundgebung des amerikanischen Staatesdepartements zu dem chineisch-japanischen Konflikt als eine merkwürdige Aktion. Das ist ein zweifelhafte, und sie untercheidet sich von dem gewöhnlich anerkannten Bemühungen des Völkerverbundes durch etwas sehr wesentliches, nämlich dadurch, daß hinter ihr nicht nur der Wille sondern auch die Möglichkeit eines tätigen Eingreifens in den fernöstlichen Konflikt steht. Es ist deshalb verständlich, daß man in Genf bejubelt ist, eine enge Zusammenarbeit mit der amerikanischen Regierung festerzulegen.

Auch in Genf wird übrigens immer eindeutiger zum Ausdruck gebracht, daß das Vorgehen Japans nicht zu befestigen und der Versuch ist, die Welt vor völkerverdächtige Tatsachen zu stellen, wie es die Japaner bei ihrer Politik China gegenüber schon öfter getan haben.

Man droht den Japanern einen energischen Ton in den Beratungen der außerordentlichen Ratstagung an, aber die japanischen Generale in der Manchūri haben bisher die Klänge aus Genf ebenho wie die Mahnungen ihrer Regierung zum einen Ohr hinein- und zum anderen herausgehen lassen.

Japans Erklärung in Genf.

Räumung der Manchūri erfolgt, sobald die Sicherheit der japanischen Bevölkerung ist erlaubt.“

Genf, 14. Oktober.

Der Völkerverbund hat gestern nachmittag unter dem Borlik Briand die Verhandlungen über den chineisch-jap-

schwändig, sehen in den Kasinogarten hinab, in dem auf dem weißen Mittelbeet die vierfarbigen Rafern blühten. Die liebe Sonne leuchtete darüber, die sich hinter den Roshifischer Buchen langsam zum Untergange neigte, vergebete die bunten Blüten und grünen Hecken mit warmem Glanz.

Der Oberleutnant atmete tief auf, griff sich mit der Hand in den Nacken, als wäre er ihm plötzlich zu eng geworden.

„Es ist Ihnen wohl nicht recht zum Bewußtsein gekommen, Herr Hauptmann, daß Sie vorhin so etwas wie ein Todesurteil ausgesprochen haben?“

Der keine Rabenhäner richtete sich auf, seine Stimme klang heiser.

„Doch, Herr Oberleutnant! Da es der Kommandeur nicht tat, mußte ich's wohl tun!“

Der Oberleutnant Brintmann sah vor sich hin, in seinen Augenwinkeln schimmerte es feucht.

„Ich bin wohl nicht aus dem harten Holz wie Sie! Und ich hatte ihn gern. Jetzt, wo ich ihn verlieren soll, am liebsten eigentlich von meinen grünen Dingen.“

„Ach, das ist doch nicht, was ich Ihnen verlieren soll.“

„Ich bin mir nicht sicher, was ich Ihnen verlieren soll.“

„Ne, und wir beide?“

„Ja, mich nicht? Wir können jetzt wohl in die Ferien- gänge gehen zu dem tüchtigen Guttmacher Reinhold. Uns rechtzeitig ein Paar Zylinder besorgen für den Almkampf ins duntle Ziel?“

„Ich nicht, Herr Oberleutnant,“ erwiderte der keine Rabenhäner, in sein Gesicht trat ein troziger Ausdruck. „Ich bin mit Leib und Seele Soldat, möchte nicht irgendwo flimmer- lich als Postmeister enden mit dem Zivilbesorgungschein. Ich setze mich zur Wehr, wenn man mit aus diesem Fall von oben her aus Leder will, und ich gebe, meine Stellung jegrecht zu behaupten.“

„Ich möchte wissen wie?“ sagte der Oberleutnant und hob den Kopf.

Die Sporkischen Jäger

Von dem Rikard Stenowitz
Copyright 1931 by Romanisch Franz. Verlag Berlin 10 20
(42. Fortsetzung.)

„Herr Forstmeister Wüdigler hand auf einmal hier in meinem Zimmer. Ich war natürlich sehr überrascht, wie und wie dann alles kam... Also dann, ja, zeigte er mir einen Zettel, ob das wahr wäre, was drauf stand. Darauf sagte ich etwas, und dann geschah das Furchterliche.“ Er schlug die Hände vors Gesicht, die Tränen quollen ihm zwischen den Fingern hindurch, und nur hilfweise kamen die Worte: „Entsetzt... beschimpft und geschlagen... Wie einen Lappen schüttelte er mich hin und her.“

Der Oberleutnant mußte sich abwenden, ein bieder Knäuel stieg ihm im Hofe empor. Der Hauptmann Rabenhäner aber trat näher, und seine Stimme klang hart:

„Herr von Naugaard, ich sehe an der Wand Ihren Degen hängen. Ich wundere mich, daß er noch so blank dahängt!“

Der Leutnant von Naugaard ließ die Hände sinken, sah seinen Kompagnon mit dem unregelmäßigen Atem blühen an.

„Wie sollte ich wohl, Herr Hauptmann?“

„Ich habe mir schon seit dem Abend in Rothstein... ja, da hatte ich mir vorgenommen, ehrliche Abbitte zu leisten... vielleicht, daß man mir verziehen hätte. Und es war ja wohl ein bißchen verübt, aber ich bildete mir ein, ich würde... also ich könnte vielleicht an Fr. mein Ebleich Rüdiger eine Furlprecherin bei ihrem Herrn Vater gewinnen.“

„Verdammt!“ Der Hauptmann Rabenhäner biß die Zähne aufeinander, und er mußte sich räufpen, ehe er wieder mit klarer Stimme sprechen konnte.

„Weshalb haben Sie mich da belogen, Herr von Naugaard, als ich Sie neulich nach der Gelübdenbindung auf Herz und Nieren fragte?“

„Ich hätte, mir die Antwort zu ersuchen, Herr Hauptmann.“

„Schön! Aber jetzt gelistete Sie mir, Sie haben in dem Revier des Herrn Forstmeisters sich anderhalb Jahren gewidmet?“

„Sehr wohl, Herr Hauptmann!“

